

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernspracher Nr. 210.

Nr. 169.

59. Jahrgang.

Mittwoch, den 24. Juli

1912.

Nr. 73 der Schankstättenverbotsliste ist zu streichen.
Stadtrat Eibenstock, den 22. Juli 1912.

7. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums Donnerstag, den 25. Juli 1912, abends 8 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses. Eibenstock, den 23. Juli 1912.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Hahfurth.

Tagesordnung:

- 1) Beschaffung eines Vordruckreglers für die Gasanstalt.
- 2) Erweiterung des Kohlenschuppens der Gasanstalt.

- 3) Fußwegherstellung auf der Ostseite der Biesenstraße.
- 4) Erwerbung von Straßenland zur verlängerten Pestalozzistraße vom Pfarrlehnsgrundstücke.
- 5) Veränderte Aufstellung der Schutzranken am Grüner Graben unterhalb der Siegelmühle.
- 6) Ergänzung des Vertrages über die Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen aus Anlaß der Postplatzumwandlung.
- 7) Entschädigung des Stadtgutspächters für das dem Naturheilverein überlassene Areal.
- 8) Beschlußfassung wegen Verwendung der Ablösungsgelder aus dem Vergbegnadigungs-Fonds auf die Jahre 1911 und 1912.
- 9) Beschlußfassung wegen Richtigsprechung einiger städtischer Rechnungen.
- 10) Kenntnisnahme
 - a) von einem Schreiben in Talsperrensachen;
 - b) von einer Einladung;
 - c) von Bewilligung von Staatsbeihilfen.

Darauf geheime Sitzung.

Badische Krisengerichte.

Kürzlich wußte ein weitverbreitetes Berliner Blatt zu berichten, daß der Rücktritt des badischen Ministeriums demnächst erfolgen werde. Speziell in der süddeutschen Presse knüpften sich an diese Meldung eingehende Gerüchte, so daß die amtliche Karlsruher Zeitung autorisiert wurde, das Gerücht von einer Ministerkrise zu dementieren. Die Mitglieder des Staatsministeriums erstreuten sich ohne Ausnahme des vollen Vertrauens des Landesherrn, und weder jetzt, noch zurzeit des Landtagsschlusses, sei das Ausscheiden einzelner Minister zu erwarten. Herr von Bodman, der leitende badische Minister, ist seit Jahren den Angriffen rechtsstehender Kreise ausgesetzt, weil er Anhänger der Sozialdemokraten an den gesetzgeberischen Arbeiten nicht verschmähte. Nach einer weitverbreiteten Version sollen seine Ministerkollegen von Dusch und Dr. Böhm auf einen Wink von Berlin hin der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh hingeworfen haben, wodurch sich diese veranlaßt sah, das Budget abzulehnen und damit der Regierung den Krieg zu erklären. Weiter wird erzählt, daß vor einiger Zeit der Kaiser in Donaueschingen sich sehr scharf gegen Herrn von Bodman ausgesprochen habe. Dabei soll es sich um eine Meinerung handeln, deren Wortlaut sowohl in staatsrechtlicher Hinsicht wie nach der persönlichen Seite hin sich so ungeheuerlich anhört, daß das „Ansehen der monarchischen Institutionen“ durch sein Bekanntwerden in weiteren Kreisen allerdings — wenigstens in Baden — wieder einmal einen „recht schweren Stoß erleiden“ würde. So erklärt ein sozialdemokratisches badisches Organ, ohne sich näher über die angebliche Meinerung des Kaisers auszulassen. Nun ist hinlänglich bekannt, daß der regierende Großherzog recht empfindlich gegen irgendwelche Einflüsse ist, die sein Recht antasten könnten, Männer seines Vertrauens an der Spitze der Regierung zu setzen und zu erhalten. Es klingt deshalb durchaus nicht unwahrscheinlich, daß gerade durch die Angriffe in der Presse die Stellung des badischen Ministeriums gefestigt worden ist, das offizielle Dementi also nicht lediglich eine Beschwichtigung darstellen soll. Im allgemeinen ist ja auf derartige Ablehnungen nicht viel zu geben, denn auch im vergangenen Jahr war der bevorstehende Rücktritt des badischen Eisenbahnministers Freiherrn von Marschall gemeldet worden und ein Dementi, daß der Nachricht auf dem Fuße folgte, erwies sich sehr bald als falsch, denn kurz darauf mußte der Minister tatsächlich gehen. Im allgemeinen Interesse wäre es jedenfalls wünschenswert, wenn ein authentischer Bericht über das angebliche Kaiserwort veröffentlicht werden würde, damit weiteren Legenden die Spitze abgebrochen werden könnte.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die „Königliche“ über die Lage in Marokko. Der „Königliche“ wird aus Tanger telegraphiert: Die Ammenmärchen der französischen Presse über die dortigen Zustände sind darauf berechnet, die deutschen Kolonisten aus Marokko auszumerzen und dies würde keine Beachtung verdienen, wenn nicht die Generalresidenz und die französischen Konsuln im Süden sich bemühten, den von der französischen Presse geschilderten Zustand der Gefahr für das Leben der Europäer Vorschub zu leisten. Es wäre lächerlich, anzunehmen, die Franzosen vermöchten keine Einigung zwischen den beiden Kaisern Moui und Muggi herbeizuführen. Sie schüren jedoch den Gegensatz, und da sie Mulah Hasid gestatten, völlig passiv den Ereignissen gegenüberzustehen, setzt sich im Süden der Glauben fest, der Sultan habe abgedankt. Die Anerkennung Haibas im Süden dürfte also erfolgen. Zu dieser Politik kommt die militärische Unfähigkeit Frankreichs, welche die Marokkaner Glauben macht, Frankreich werde mit dem Süden nicht fertig. Die „Alliance Israélite“ kann sich in Paris bedanken, wenn in dem Marrakescher Ghette sich die Judenschlacht von Fez wiederholt. Das Blatt „Al moghrel al asfa“ geißelt mit scharfen Worten Frankreichs Unfähigkeit und sagt, die Sultane hätten zur Zeit die Europäer und den Handel besser geschützt. Wenn Frankreich die Europäer nicht zu schützen vermag, so sollen sie sie wenigstens nicht gefährden.

Hauptmann Kostewitsch nach Leipzig überführt. Der Hauptmann Kostewitsch ist Montag nachmittag 3 Uhr 55 Minuten vom Anhalter Bahnhof in Berlin in Begleitung zweier Beamten nach Leipzig gebracht worden. Mit demselben Zuge ist auch seine Gattin dorthin abgereist.

Frankreich.

Neue französische Streitkräfte für Marokko? Graf de Mun stimmt im „Echo de Paris“ den Ausführungen des Forschungsreisenden Marquis de Segonsac über die Notwendigkeit der Entsendung neuer Streitkräfte nach Marokko rückhaltlos zu und schreibt unter anderem: Gerade wegen der gefährlichen inneren Lage hält Segonsac diese Verstärkung für unerlässlich. Je früher wir uns von der marokkanischen Sorge befreien, desto besser wäre es. Dadurch kann unser Ansehen nach außen nur gewinnen.

England.

Eine Aufhebungssrede Lord Churchills. Churchill hielt im Unterhaus eine Rede zur Begünstigung einer Ergänzung der Flottenetats und sagte einleitend: Der unmittelbare Anlaß zu den Nachforderungen wäre in dem neuen deutschen Flottengesetz zu finden, dessen Hauptmerkmal die Vermehrung der Streikraft der sofort verfügbaren Schiffe aller Klassen sei. Ungefähr vier Fünftel der gesamten deutschen Seemacht würden ständig im Dienst, und zwar in voller Kriegsbereitschaft, gehalten. Eine solche Vorbereitung wäre bemerkenswert. Es gäbe, soweit er habe feststellen können, kein ähnliches Beispiel in dem bisherigen Verhalten moderner Seemächte. Eine föhrl überlegende, stetig methodische Vorbereitung, die sich über aufeinander folgende Jahre erstreckte, könne allein den Sicherheitsüberblick einer Seemacht an Seestreitkräften heben. Großbritannien müsse von seinen deutschen Nachbarn lernen, bei denen die Flottenpolitik unerschütterlich auf ihr Ziel losgehe. Der Flottennachtragsetat sähe keine übermäßig große Zahl von Neubauten vor. Aber die Anzahl der Schiffe, welche in den nächsten Jahren zu bauen seien, müsse die Ziffern übersteigen, auf denen die Admiralität sie zu halten gehofft hatte. Die Vermehrung der Streitkräfte der deutschen Seeflotte, wie sie durch das deutsche Flottengesetz festgesetzt sei, ziehe eine Reorganisation der britischen Streitkräfte nach sich. Er schlage vor, die Anzahl der voll in Dienst gestellten Schlachtschiffe von 28 auf 33 zu erhöhen. Eine zweite Flotte würde aus 8 Schiffen bestehen. Vom Jahre 1914 an würde Großbritannien 5 Schlachtschiffgeschwader haben von im ganzen 41 Schlachtschiffen. Vier von den fünf Geschwadern würden voll in Dienst stehen. Die Regierung habe beschlossen, 6 ältere Schlachtschiffe aus dem Mittelmeer zurückzuziehen und sie durch 4 Schlachtschiffe vom Invincibletyp zu ersetzen. Ueber die Baurate während der nächsten fünf Jahre sagte Churchill im Verlauf seiner Rede: Die Regierung habe gehofft, in den

fünf aufeinander folgenden Jahren 3, 4, 3, 3, 3 Schiffe zu bauen. Aber diese Ziffern müßten erhöht werden auf 5 Schiffe für das erste Jahr und je 4 für die übrigen vier Jahre.

Türkei.

Keine deutschen Instrukteure für die türkische Armee? Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Konstantinopel will erfahren haben, daß die Türkei entschlossen sei, den Vertrag mit den deutschen Offizieren nicht wieder zu erneuern.

Eine neue Revolution in der Türkei? Aus Konstantinopel kommende Nachrichten geben zu dem größten Bedenken Anlaß. Es ist kein Geheimnis, daß das neue Ministerium, das der Sultan zu bilden beabsichtigt ist, und an dessen Spitze Adhem Nuhfar steht, im schärfsten Widerspruch zu der jungtürkischen Partei stehen wird. Wenn das jungtürkische Komitee sich diesem Stoße nicht fügt und auf die politische Macht nicht verzichtet, so besteht die Gefahr, daß sich die Ereignisse von 1908, als die Jungtürken gegen Konstantinopel marschierten und die von 1909, als Rahmud Schewket Pascha mit den Garnisonen Saloniki und Adrianopel gegen die Hauptstadt zog, wiederholen. Von den Jungtürken hängt es jetzt ab, ob die Türkei in einen neuen Bürgerkrieg gestürzt wird. Man mißt den nächsten Tagen große Bedeutung bei, insbesondere gilt dies von dem Jahrestage der Gewährung der Verfassung.

Tripolis.

Eine italienische Siegesmeldung. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Mesurda vom 20. Juli, daß feindliche Truppen in der Gegend von Gheran bis in die Dase von Mesurata vorgebrungen waren. Die italienischen Truppen unter General Fara verließen Mesurata um 4 Uhr früh. Nach halbständigem Marsche stießen die Truppen auf die ersten feindlichen Gruppen. Weitere Gruppen zeigten sich bald darauf in einer gedeckten Zone nördlich der Straße. Der Feind wurde aus der Dase herausgeworfen, wobei er zahlreiche Tote zurückließ. Die italienischen Truppen griffen den etwa 1500 Mann starken Feind in seiner Hauptstellung an. Nach vierstündigem, erbittertem Kampfe wurde der Feind auf der ganzen Front geschlagen und genötigt, seine Stellung zu verlassen. Die feindlichen Verluste waren sehr groß. Die Italiener hatten 15 Tote und 87 Verwundete.

China.

Zur Lage in China. Die Tung-Mi-Gui-Partei sieht infolge der verworrenen Verhältnisse im Lande davon ab, das Kabinett weiter zu unterstützen, und bereitet die Ernennung Sunpatfens als Kandidaten für die nächsten Wahlen vor. Die demokratische Partei hat den Vorschlag Tung-Mi-Guis, sich aufzulösen und unter einem anderen Namen wiederzusammenzukommen, Sonntag zurückgewiesen, wodurch die Partei des ersten in eine schwierige Lage gekommen ist.

Japan.

Die Erkrankung des Mikado. Die letzten Bulletins über die Erkrankung des Mikados zeigen nach offiziellen Mitteilungen keine Verschlimmerung im Befinden des Kaisers. Doch hat der Mikado die Nacht zum Montag sehr unruhig verbracht. Da nach japanischem Brauch die Nachricht von dem Tode des Herrschers erst nach mehreren Stunden veröffentlicht werden darf, so hält man es für nicht ganz ausgeschlossen, daß die Katastrophe bereits nach der Veröffentlichung des letzten Bulletins eingetreten ist.